Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14 Fernsprech-Sammel-Nr 3054. — Rhede: Joh. Heinrichs. — Anholt W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreis ... monatl. Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

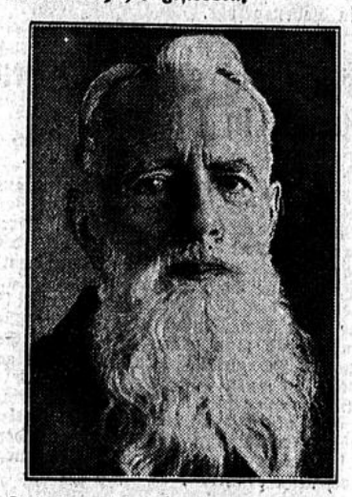
Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt

Nummer 295 | Montag, den 24. Oktober 1932 | Jahrgang 1932

Graf Posadowsky-Wehner †

Naumburg, 23. Oktober.

Graf Arthur Posadowsky-Wehner ist heute hier im 88. Lebensjahre gestorben.



Karl Trimborn hat den Grafen Posadowsky einmal den „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik" genannt. Das war ein glückliches Wort. Denn der jetzt im hohen Greisenalter dahingegangene „Graf im Barte" war ein sozialpolitischer Führer. Aber auch auf anderen Gebieten hat er große Leistungen vollbracht. Das Reichsamt des Innern, das er zehn Jahre lang geleitet hat, umfaßte in kaiserlicher Zeit nicht nur das heutige Arbeitsgebiet des Reichsinnenministeriums, sondern auch des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, zum Teil auch des Ernährungsministeriums. Graf Posadowsky hat mit bewunderungswürdiger Arbeitskraft Aufgaben gemeistert, in die sich heute drei oder gar vier Minister teilen, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß damals die Fülle der Aufgaben noch nicht so groß war wie heute in unserer gärenden Zeit.

Die sozialpolitische Leistung Posadowskys war schon ihrem äußeren Umfange nach sehr groß. Er führte um die Jahrhundertwende wichtige Reformen in der Sozialversicherung, besonders in der Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung durch, verbesserte die Seemannsordnung durch Aufnahme sozialpolitischer Schutzbestimmungen, setzte gegen stärkste Widerstände das Kinderschutzgesetz durch, dessen großer grundsätzlicher Fortschritt darin liegt, daß es das Kind sogar vor der Ausbeutung durch die eigenen Eltern zu schützen unternahm und in die traurigen Verhältnisse der Kinderheimarbeit eingriff. Unter Posadowskys Führung entwickelte der Bundesrat eine äußerst fruchtbare Tätigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes. Die Gewerbeordnung wurde weitgehend verbessert. Die Kaufmannsgehilfen erreichten den gesetzlichen Ladenschluß, die Einbeziehung in die Krankenversicherung und die Kaufmannsgerichte. Die Angestelltenversicherung wurde vorbereitet. Auch das Wohnungsproblem griff Graf Posadowsky energisch an. Wenn heute Jahr für Jahr im Reichsetat ein namhafter Betrag für den Bau von Beamtenwohnungen vorgesehen ist, so möge die Beamtenschaft sich dankbar daran erinnern, daß das auf die Initiative Posadowskys zurückgeht, der erstmalig die Bereitstellung von Reichsmitteln für den Bau gesunder Beamtenwohnungen erwirkte. Ebenso hat Graf Posadowsky dem Vaterländischen Bauverein, einer christlich-nationalen Arbeitnehmer-Baugenossenschaft, seine Förderung zugewandt und sich für die Ausgestaltung des Erbbaurechtes eingesetzt. Als er im Jahre 1907 durch parteipolitische Widrigkeiten zum Rücktritt genötigt war, hatte er große und weit geförderte sozialpolitische Pläne noch in Arbeit: das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und das Gesetz über die Arbeitskammern, die eine amtliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer werden sollten. Ihre Verwirklichung war ihm nicht mehr vergönnt.

Wichtiger noch als die einzelnen sozialpolitischen Fortschritte der zehn Jahre seines Waltens als Staatssekretär des Innern erscheint uns heute der Wandel, der sich damals in der grundsätzlichen Einstellung des Staates zur Sozialpolitik und zur Arbeitnehmerbewegung vollzogen hat. Die Sozialpolitik der Bismarckzeit beschränkte sich auf die Sozialversicherung, die Sozialpolitik des Freiherrn von Berlepsch war in erster Linie Arbeitsschutzpolitik. Es fehlte aber, obgleich Berlepsch persönlich positiv zur Arbeitnehmerbewegung stand, die Bejahung der Selbsthilfebewegung der Arbeitnehmer durch den Staat. Erst unter Posadowsky fing auch die Reichspolitik an, zur Arbeitnehmerbewegung ein positives Verhältnis zu gewinnen. Und wenn wenige Monate nach seinem Rücktritt dann Herr von Bethmann Hollweg auf dem zweiten Deutschen Arbeiterkongreß erklärte: „Ich wüßte kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeitnehmerbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft", so drückte er damit das Siegel des Reiches unter eine Entwicklung, die sein Vorgänger vorbereitet hatte.

Scharf wußte Posadowsky zwischen dem berechtigten sozialen Aufstiegsstreben der Arbeitnehmerschaft und der politischen sozialistischen Bewegung zu unterscheiden. Der gedankenlosen oder gar böswilligen Gleichsetzung sozialpolitischer Reformbestrebungen mit politischem Sozialismus trat er mit Nachdruck entgegen. Er hob die sozialen Pflichten des Bürgertums hervor. „Ich bin überhaupt der Ansicht", so sagte er in einer Reichstagsrede, „der große Kampf zwischen der sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Parteien wird nur dadurch entschieden werden zu Gunsten der bürgerlichen Parteien, wenn sie durch Wort und Tat sich die Achtung der arbeitenden Klassen erwerben." Und den Gegnern des Ausbaues der Sozialpolitik erklärte er in seiner Rede vom 12. Dezember 1898: „Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung gar nicht zum Stillstand bringen; ein Stillstand der sozialen Gesetzgebung wäre ein Stillstand der fortschreitenden Gesittung des Deutschen Reiches überhaupt." Und weiter, in einer seiner letzten Reichstagsreden: „Wer da glaubt, daß in unserer modernen Zeit die Arbeiterbewegung verschwinden könnte, die dahin geht, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu verbessern und sie in höherem Maße als bisher an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, der befindet sich in einem starken Irrtum." Das waren mutige Bekenntnisse für jene Zeit.

Graf Posadowsky stammte aus Glogau. Als 28jähriger wurde er 1873 Landrat in der Provinz Posen, zwölf Jahre später wurde er dort Landeshauptmann. Am 12. August 1893 wurde er zum Staatssekretär des Reichsschatzamtes ernannt, und am 1. Juli 1897 übernahm er nach dem Ausscheiden von Böttchers das Staatssekretariat des Innern. Zugleich wurde er zum preußischen Staatsminister ernannt. Seine Wirksamkeit als Reichsschatzsekretär war gekennzeichnet durch die Versuche, eine Finanzreform im Sinne eines Gleichgewichts zwischen den Leistungen des Reiches an die Bundesstaaten bezw. der Bundesstaaten an das Reich herbeizuführen. Seine Leistungen als Staatssekretär des Innern haben wir bereits oben gewürdigt. Meinungsverschiedenheiten mit dem Fürsten Bülow bewirkten am 28. Juni 1907 das Ausscheiden Posadowskys aus seinem Amte. Dies erregte gewaltiges Aufsehen. Der Staatssekretär galt als Gegner des Bruches mit dem Zentrum, den Fürst Bülow damals vollzog. Posadowsky befürchtete von Bülows Block-Politik einen Stillstand in der Sozialpolitik. In den folgenden Jahren trat er noch mehrfach auf Kongressen sozialer Art als Redner auf; auch hier legte er seinen sozialpolitischen Standpunkt dar. Er sah namentlich in dem Zusammendrängen der großen Massen, in dem zunehmenden Materialismus, der Verflachung und dem Luxus die Hauptschäden unseres sozialen Lebens. Den christlichen Gewerkschaften war Posadowsky stets freundlich gesinnt. Unter den Ehrengästen ihres Kongresses in Frankfurt a. M. vor drei Jahren sah man auch ihn. Bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst war er zum Dechanten des evangelischen Domstifts Naumburg an der Saale und auch zum Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannt worden.

Wiederholt hat sich der Verstorbene in den langen Jahren seines Lebens auch als Parlamentarier betätigt. Zuerst wurde er 1882 vom Wahlkreis Kroeben-Fraustadt (Posen) in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er sich der freikonservativen Partei anschloß. Nachdem er Landeshauptmann geworden war, nahm er das Mandat nicht wieder an. Aber dreißig Jahre nach seiner ersten Wahl, im Jahre 1912 wurde er für Bielefeld-Wiedenbrück in den Reichstag gewählt, wo er auf der Rechten Platz nahm, ohne sich jedoch einer Partei anzuschließen. Auch in die Nationalversammlung wurde er noch einmal gewählt; diesmal schloß er sich der Deutschnationalen Volkspartei an. Auf eine Wiederwahl im Juni 1920 verzichtete er jedoch aus Altersrücksichten. Umsomehr überraschte vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 sein Entschluß, sich wieder tätig der Politik zu widmen. Er hatte sich der Aufwertungspartei zugewandt, wurde zu ihrem Vorstand gewählt (zuletzt war er ihr Ehrenpräsident) und kam auf ihrer Liste in den Preußischen Landtag. Als Alterspräsident eröffnete er am 8. Juni 1928 die vorige Legislaturperiode. Dem jetzigen Landtag gehörte er nicht mehr an.

Einem innerlich reichen Leben hat der Tod nunmehr ein Ziel gesetzt. Solange es aber eine deutsche Sozialpolitik geben wird, solange wird der Name des Grafen Posadowsky in ehrender Erinnerung im deutschen Volke bleiben. Ein als Mensch hochstehender, von jedermann geachteter deutscher Mann hat das Zeitliche gesegnet.

Mussolini über die deutsche Gleichberechtigungsforderung.

Eine außenpolitische Rede des Duce.

× Turin, 23. Oktober.

Mussolini stattete heute der Stadt Turin einen offiziellen Besuch ab. Die Behörden und die Bevölkerung bereiteten ihm einen begeisterten Empfang. Vom Balkon des Regierungspalastes aus hielt er eine Rede, in der er eingangs seinen Dank für den ihm bereiteten Empfang aussprach, der seine Erwartungen weit übertreffe. Mussolini kam dann auf außenpolitische Probleme zu sprechen.

Dank der Energie des britischen Premierministers, so führte er aus, befinde sich heute das Reparations- und Kriegsschuldenschiff wohl geborgen im Hafen von Lausanne. „Aber," fragte er weiter, „will jetzt das große Volk der Sternenbannerrepublik das Schiff wieder auf die hohe See zurückstoßen, dieses Schiff, auf dem sich die Hoffnungen und Sorgen so vieler Völker befinden?"

Als die Menge auf diese Frage mit einem lauten Nein antwortete, erklärte Mussolini: „Ich wollte, daß dieses Nein, das Ihr eben hier ausgesprochen habt, mit Donnerstimme über den Atlantischen Ozean hinübertöne und im Herzen jenes Volkes Widerhall findet."

Mussolini ging dann auf die Abrüstungsfrage ein. Er wandte sich zunächst dagegen, daß die von Italien in der Abrüstungskonferenz vorgebrachten konkreten Vorschläge irgendwelcher machiavellistischen Berechnungen entsprungen seien. Wer den italienischen praktischen Vorschlägen zur Abrüstung nicht traue, dem rate er, Italien auf die Probe zu stellen. In dieser Grenzstadt Turin, die nie den Krieg gefürchtet hat, erkläre ich, so sagte Mussolini,

daß Italien den Frieden will, einen wahren Frieden, der nicht von der Gerechtigkeit getrennt ist und Europa sein Gleichgewicht wiedergeben soll.

Jenseits der Grenze gibt es allerdings noch Leute, die es dem faschistischen Italien nicht verzeihen, daß es fest auf den Füßen steht. Für diese Ueberbleibsel aller freimaurerischen Logen ist es ein unerhörter Skandal, daß es ein faschistisches Italien gibt.

Eine weitere Frage ist folgende: Wird Italien noch im Völkerbund bleiben? Ja, erklärte Mussolini, wir werden drin bleiben. Gerade heute, wo der Völkerbund außerordentlich krank ist, muß man an seinem Krankenbett stehen. Weil der Völkerbund zu universell ist, kann es vorkommen, daß seine Anweisungen mit der Entfernung an Wirksamkeit verlieren. In Europa mag er wirksam sein, im Fernen Osten und in Amerika bleiben seine Worte nur Worte. Es sind Versuche unternommen worden, Europa von dieser universellen Konstruktion zu befreien. Ich glaube,

wenn morgen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Anerkennung unserer heiligen Rechte die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der vier großen Westmächte erreicht würden, so könnte Europa in politischer Hinsicht ruhig sein, und vielleicht würde auch die wirtschaftliche Krise ihrem Ende entgegengehen.

Was nun die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung anlangt, so ist sie nach Auffassung des Faschismus vollkommen berechtigt. Das muß man so klar wie möglich anerkennen. Solange aber die Abrüstungskonferenz noch dauert, kann Deutschland nicht fordern, sich entsprechend aufzurüsten.

Wenn die Konferenz aber ergebnislos zu Ende geht, kann Deutschland nicht im Völkerbund bleiben, solange nicht diese Entrechtung, die Deutschland erniedrigt, beseitigt ist.

Wir wollen keine Hegemonie in Europa, vor allem keine auf einer offenbaren Ungerechtigkeit aufgebaute Hegemonie.

Die Rede Mussolinis wurde von der Menge vielfach mit stürmischen zustimmenden Rufen unterbrochen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Deutschen Städtetages.

Steuergutscheine für kommunale Arbeitsfürsorge?

× Berlin, 22. Oktober.

Die Pressestelle des Deutschen Städtetages teilt mit: Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich soeben nach eingehender praktischer Vorbereitung abschließend mit der Frage eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt. Die Städte sind, soweit es im Rahmen der überaus schwierigen Finanzlage möglich war, schon bisher bestrebt gewesen, den Wohlfahrtserwerbslosen anstelle von baren Unterstützungen Arbeit zu geben. In der kommunalen Arbeitsfürsorge sind zur Zeit in Deutschland mehr als 50 000 Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt. Die Städte haben deshalb die Bestrebungen der Reichsregierung, auf den verschiedensten Wegen die Möglichkeit für eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern zu schaffen, unterstützt, um damit zugleich die materiellen und psychologischen Voraussetzungen für eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu schaffen.

Die kommunale Arbeitsbeschaffung ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, weil die Städte von jeher die größten öffentlichen Auftraggeber gewesen sind. Erst die verheerenden Folgen der Ueberlastung der Städte mit der dem Reiche an sich obliegenden Aufgabe der Arbeitslosenfürsorge haben auf diesem Gebiete zu einer fast völligen Lahmlegung geführt.

Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert lassen sich in den Städten in großer Zahl finden. In Betracht kommen beispielsweise in erster Linie der Kleinstwohnungsbau, wobei das Eigenkapital der Baulustigen mit zur Finanzierung herangezogen werden kann, der Bau von Straßen, vor allem von Ausfallstraßen, von Zugangsstraßen zu neuen Siedlungen, von Durchgangsstraßen, auch die Erneuerung von Straßenpflaster und andere Arbeiten, die sonst von der Stadt mit den vorhandenen Kräften und Mitteln nicht ausgeführt werden könnten. Daneben werden im Zuge eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms Kleingartensiedlung und Stadtrandsiedlung, ferner Meliorationen und ähnliche Arbeiten zu fördern sein. Es handelt sich hierbei nicht um Arbeiten, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, sondern im Gegenteil um solche, von denen die Privatwirtschaft eine wesentliche Befruchtung erfahren wird. Die Arbeiten werden in erster Linie in den Städten und vor allem in den Großstädten durchzuführen sein, in denen sich die großen Massen der Arbeitslosen zusammenballen.

Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungspolitischem Gebiete vermeidet. Die Hergabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßen, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist, kann deshalb nicht in Frage kommen. Es wäre auch mit den Regeln einer gesunden Finanzwirtschaft unvereinbar, die laufenden, durch die Erwerbslosigkeit entstandenen Lasten durch eine Kreditausweitung scheinbar zu beseitigen und damit die wirkliche Lage nur zu verschleiern, anstatt sie gründlich zu bereinigen. Da die Gemeinden nicht in der Lage sind, die Arbeiten allein zu finanzieren, müssen die Mittel auch von anderer Seite mit bereitgestellt werden. Bei diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich um eine Mehrbeschäftigung einer ganz gewaltigen Zahl von Erwerbslosen mit volkswirtschaftlich nützlichen Arbeiten. Es ist deshalb notwendig, daß die Finanzierung auf ähnlicher Basis erfolgt, wie sie im Programm der Reichsregierung für die private Wirtschaft vorgesehen ist. Der Städtetag hat deshalb der Reichsregierung gegenüber seine bereits früher erhobene Forderung wiederholt, daß für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden.

★

Der Deutsche Städtetag wendet sich in seiner vorstehenden Kundgebung ziemlich unverhüllt gegen den Gedanken der „zinslosen" Kredite, der bekanntlich das Kernstück des sogenannten Gereke-Programms bildet. Allerdings steht der Städtetag mit dieser Ablehnung nicht allein. Soviel wir unterrichtet sind, haben sich alle übrigen kommunalen Spitzenverbände, einschließlich des Landkreistages, gegen die Projekte des von Dr. Gereke geleiteten Landgemeindetags ausgesprochen. Die Vorbereitungen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungspläne in den Kommunen sollen schon in Verhandlungen, die speziell auch mit der Reichsbank geführt wurden, relativ weit gediehen sein. Die Beteiligung der Städte an der Finanzierung ergibt sich dank der Tatsache, daß die kommunalen Haushalte bei der Inangriffnahme derartiger Arbeiten durch die Verringerung der Ausgaben für die Wohlfahrts-Erwerbslosen fühlbar entlastet werden. Die Steuergutscheine, die den kommunalen Betrieben usw. auf Grund von Mehreinstellungen zufließen werden (wenn das Reich diesem Vorschlag zustimmt), kommen naturgemäß in der Regel nicht für die Zahlung von Steuern in Frage, sondern sollen von den Gemeinden in anderer Weise, zum Beispiel durch Verrechnung bei sonstigen Zahlungen, verwertet werden.

Dr. Brüning in Mannheim.

× Mannheim, 23. Oktober.

In einer Kundgebung der Zentrumspartei sprach Reichskanzler a. D. Dr. Brüning vor rund 10 000 Personen. Er bezeichnete es als politischen Fehler der jetzigen Reichsregierung, daß sie die Nationalsozialisten nicht an die Verantwortung gebunden habe, bevor sie den Reichstag auflöste. Sehr scharf wandte sich der Redner gegen die Erklärung des Reichskanzlers v. Papen, daß bei den beiden Parteien, den Nationalsozialisten und dem Zentrum, nur die Absicht bestanden habe, sich gegenseitig hinters Licht zu führen. Ein Staatsmann hätte eine solche Verständigung zweier politischer Parteien im Interesse des ganzen nur begrüßen sollen. Es bestehe die Gefahr, daß das Volk Rechte und Freiheiten verliere.

Die Zentrumspartei wolle keine Rückkehr zu dem Parlamentarismus der Zeit vor 1930, sie wolle aber nicht, daß einem Volk, das so schwere Opfer 14 Jahre lang getragen habe, seine Rechte genommen würden.

Was die Kontingentierungspolitik anlangt, so meinte Dr. Brüning, daß die der Landwirtschaft gegebenen Versprechungen nicht zu erfüllen seien.

Es habe sich ein Ring handelspolitischer Abwehr um uns gelegt, der die Arbeitslosigkeit nur vermehre.

Man könne die Reichsregierung nur mahnen, keinen neuen Zündstoff anzuhäufen und so werde die Zentrumspartei ruhig der Wahl und dem neuen Reichstag entgegensehen. Dr. Brüning wandte sich dann gegen die Kapitalfehlleitung, die nicht einer erhöhten

Produktivität gedient habe, sondern für nichtproduktive Zwecke angewandt worden sei.

Zur Frage der Außenpolitik erklärte der Redner, daß, je mehr die anderen abrüsten, umso stärker Deutschland werde. Das Mißtrauen gegen uns sei heute in einem Maße gewachsen, wie seit Jahren nicht mehr.

Am Schluß erklärte Dr. Brüning, es sei nicht nur Aufgabe, sondern Gewissenspflicht eines Staatsmannes, eine Verständigung mit dem Reichstag herbeizuführen. Auch gelte es, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk in seinen verschiedenen Ständen sich gegenseitig mehr verstehen lernte.

„Eine geradezu absurde Idee."

Erklärung des Reichswehrministers von Schleicher.

— Freiburg i. Br., 22. Oktober.

Von dem in Badenweiler weilenden Reichswehrminister von Schleicher geht dem WTB. Freiburg folgende Erklärung zu: In Berlin wird die Nachricht verbreitet, daß ich meinen Aufenthalt in Badenweiler zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnten. Eine geradezu absurde Idee. Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichskanzler von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Persönlichkeit größeren oder kleineren Formats gesehen oder gesprochen und gedenke das auch in Zukunft nicht zu tun. gez. von Schleicher.

*

Auch Reichskanzler von Papen hat zu den verschiedenen Kombinationen über das Schicksal seines Kabinetts eine Aeußerung der Oeffentlichkeit übergeben lassen. Die zuständige Stelle dementiert die Gerüchte über eine Erschütterung des Kabinetts „mit aller Entschiedenheit und versichert auf das Bestimmteste, daß das Kabinett vollkommen einig und geschlossen dastehe und nicht daran denke, seinen Kurs irgendwie zu ändern. Daß Herr von Papen nicht daran denkt, seinen Kurs zu ändern, klingt durchaus plausibel, ebenso, daß er sein Kabinett auch nach den Wahlen „einig und geschlossen" zusammenhalten möchte. Was nach dem 6. November geschieht, hängt aber doch wohl auch noch von anderem ab als bloß davon, welche persönlichen Wünsche der jetzige Reichskanzler hat.

Eine Absage an Hitler.

Rücktritt des Bremer Bürgerschaftspräsidenten.

✓ Bremen, 22. Oktober.

Der nationalsozialistische Präsident der Bremer Bürgerschaft, Rechtsanwalt Dr. Backhaus, hat sein Amt als Präsident niedergelegt, auf sein Bürgerschaftsmandat verzichtet und gleichzeitig seine Parteimitgliedschaft aufgegeben. In einem Brief an Hitler begründet er diesen Schritt. Er verweist auf seine vergebliche Hoffnung, daß Hitler dem Bruderkampf innerhalb der Harzburger Front mit einem Machtwort ein Ende bereiten würde, und gibt dann seinen Unwillen darüber kund, daß Hitler allen Haß und Hader gegen Andersdenkende, dem einseitigen Klassenkampf, den Beschimpfungen des Bürgertums und der Herabminderung der neuen Reichsregierung vor dem In- und Auslande, ja selbst den Dolchstößen einiger Verblendeter in den Rücken alter deutscher Soldaten ohne äußerlich sichtbaren Widerspruch gegenüberstehe. „Diese Inkonsequenz," sagt Dr. Backhaus dann wörtlich, kann ich nicht mehr vor meinem Gewissen, unseren Harzburger Waffengefährten und meinen bremischen Wählern, überhaupt der staatsmännischen Auffassung vom Gesamtvolk und Gesamtpolitik verantworten."

Bundeskanzler Dollfuß über Oesterreich und Deutschland.

— Salzburg, 23. Oktober.

In der Generalversammlung des Katholischen Bauernbundes erstattete Bundeskanzler Dr. Dollfuß einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftliche und politische Lage.

Er erklärte u. a., alle handelspolitischen Maßnahmen Oesterreichs zielten darauf hin, daß das Ausland womöglich so viel von uns beziehe, wie wir vom Ausland einführen. Ich glaube, so fuhr der Bundeskanzler fort, an Oesterreich und halte Oesterreich für lebensfähig. Wenn wir nicht einander gegenseitig verhetzen, sondern uns bewußt sind, daß wir nur als Ganzes bestehen können und zusammenhalten müssen, dann werden wir bestehen und diese schwere und ernste Zeit überdauern. Auch vom nationalen Standpunkt aus braucht man uns Kindern eines Jahrhunderte alten Bauernstammes nichts zu erzählen. Wir leben in einem Land, dessen Herrscher sechs Jahrhunderte hindurch die alte deutsche Kaiserkrone getragen haben, in einem Land, das sein Deutschtum Jahrhunderte lang gegen Türken und andere asiatische Völker verteidigt und erhalten hat. Wir waren, sind und bleiben Deutsche. Wir wollen nicht aus Mitleid von unserem großen Brudervolk aufgenommen werden, sondern wir wollen vorerst unser Haus selbst bestellen, um dereinst als freier selbständiger deutscher Staat frei und unabhängig aus eigener innerster Ueberzeugung über unser weiteres Schicksal zu entscheiden.

Neue Aeußerungen Herriots zur Abrüstungsfrage.

× Paris, 23. Oktober.

In einer Rede, die Herriot heute in Lens gehalten hat, befindet sich eine Stelle, an der Herriot, obwohl er gesagt hatte, daß er keine politische Rede halten würde, eine Anspielung auf die Abrüstung gemacht hat.

Er erklärte, Frankreich werde oft verkannt und entstellt, weil man es nicht kenne. Man wisse nicht, daß es etwas geradezu Unsterbliches sei, was durch den Wiederaufbau französische Bauern und Arbeiter geleistet hätten. Nur könne man von einem Volke nicht verlangen, daß es in Ewigkeit heldenhaft sei, denn dabei verliere ein Volk seine beste Substanz. Alles in dieser vom Kriege heimgesuchten Gegend erinnere daran, für die Aussöhnung der Völker zu arbeiten, alles hier in dieser Gegend lasse die Größe, den Adel und die Nützlichkeit des Friedens hervortreten. Der Friede beruhe nicht auf Worten. Nicht die seien die größten Pazifisten, die ihren Friedenswunsch am lautesten beteuern. Bevor man den Frieden bei den anderen verwirkliche, müsse man ihn erst einmal im eigenen Lande herstellen. Man werde es wohl nicht seltsam finden, daß er verlange, bevor er die anderen Völker liebe, erst einmal seine Landsleute zu lieben. Herriot erinnerte an seine Bemühungen um das Genfer Protokoll im Jahre 1924 und fuhr fort, wenn man damals auf ihn gehört hätte, würden die Ereignisse der Zwischenzeit vielleicht einen anderen Verlauf genommen haben. Die 75 000 Deutschen, die auf dem Friedhof in Lens ruhen und deren Gräber Frankreich mit Achtung pflege, seien in ihrer ungeheuren Mehrheit Männer gewesen, die zweifelsohne auch im Frieden arbeiten zu können wünschten. Frankreich möchte, daß ihm alle Völker folgen, wenn es, wie er — Herriot — 1924, das Ende des mörderischen Hasses verlange. Das Werk von 1924 habe Frankreich in Lausanne und Genf fortgesetzt. Frankreich bittet, edelmütig zu sein, wenn es sich nur um materielle Interessen handele; es wolle dieses Werk fortsetzen und deshalb stehe es im Begriff, einen Plan vorzuschlagen, der die Abrüstung mit der Sicherheit und den Verzicht auf die Rüstungen mit den wachsenden Kräften des Rechtes verbinde.

Klepper und Melzer.

Der deutschnationale Kronzeuge.

:: Berlin, 23. Oktober.

In dem sogenannten Klepper-Ausschuß des Landtags haben die Deutschnationalen und Nationalsozialisten nach der Vernehmung des deutschnationalen Journalisten Frithjof Melzer, der behauptete, Minister Klepper habe ihm ein Bestechungsangebot gemacht, es fertig gebracht, eine sofortige Gegenüberstellung der beiden Männer zu verhindern, und die Vertagung des Ausschusses bis nach den Reichstagswahlen durchgesetzt. Klepper hat sich jetzt mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den deutschnationalen Abgeordneten Zubke, gewandt, in dem er die Vorwürfe Melzers in sehr beachtenswerter Form zurückweist.

„Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wie ich dem übereinstimmenden Bericht der Presse entnehme, hat der Herausgeber der „Landwirtschaftlichen Wochenschau", Herr Frithjof Melzer, bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem Ausschuß des Preußischen Landtages ausgesagt, er habe mich bei einem Abendessen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt kennengelernt und neben mir gesessen. Herr Melzer hat weiter behauptet, ich habe ihm gelegentlich dieser Tischunterhaltung einen Kredit ohne Sicherheiten angeboten, ein Angebot, das er nur als Bestechungsversuch habe bewerten können. Auf Vorhalt hat Herr Melzer dann ausgeführt, die ausdrückliche Zurückweisung dieses Bestechungsversuches habe er aus Gründen der Höflichkeit gegenüber dem Gastgeber unterlassen; er sei auch späterhin nicht ausdrücklich auf die Angelegenheit zurückgekommen, habe sich das vielmehr für eine besondere Gelegenheit aufgespart. Den Verkehr mit mir will Herr Melzer jedoch aus Gründen der Sauberkeit nach dem Vorfall auf das dienstlich notwendige Maß beschränkt haben.

Da mir der Ausschuß keine Gelegenheit gegeben hat, mich auf dem Wege einer Zeugenaussage zu diesen absurden Unterstellungen zu äußern, bitte ich Sie als Vorsitzenden, die folgende Erklärung dem 21. Ausschuß zur Kenntnis zu bringen.

Die Behauptungen des Herrn Melzer, ich hätte ihm einen Kredit angeboten, ist, wie ich schon in der beiliegenden Erklärung an die Presse zum Ausdruck gebracht habe, unwahr. Die Behauptung, ich hätte die Bekanntschaft mit Herrn Melzer gelegentlich einer Tischunterhaltung mit einem Bestechungsversuch eingeleitet, ist so grotesk, daß ich meine Richtigstellung nicht näher zu begründen brauche. Ebenso grotesk ist die Auffassung, der Gastgeber habe es als unhöflich empfinden können, wenn Herr Melzer den angeblichen Bestechungsversuch alsbald zurückgewiesen habe. Schließlich ist das nachfolgende Verhalten des Herrn Melzer ein gänzlich anderes gewesen als er es in seiner Zeugenaussage behauptete. Kurze Zeit, nachdem Herr Melzer und ich uns kennengelernt hatten, nämlich am 27. November 1929, richtete er an mich einen Brief, in dem er erklärte, er würde mir dankbar sein, wenn ich einem früheren Mitarbeiter von ihm eine Beschäftigung verschaffen könnte. Am 22. Januar 1930 erhielt ich von Herrn Melzer ein weiteres Schreiben, in dem er mir mitteilte, daß die „Landwirtschaftliche Wochenschau" anläßlich des 25jährigen Jubiläums des „Kurzen Wochenberichts der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat" eine Festnummer herauszugeben beabsichtige, die Aeußerungen der „führenden Agrarpolitiker" enthalten solle. Er fährt fort: „Dafür erbitte ich in wenigen Zeilen Ihre kurze Aeußerung mit der Erlaubnis, sie in der Festnummer bringen zu dürfen." Der Brief schließt mit den Worten: „Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung zeichne ich als Ew. Hochwohlgeboren stets ganz ergebener Melzer."

Am 25. Februar 1930 sprach Herr Melzer mir seinen „ergebensten Dank für meine gütige und wertvolle Mitwirkung" aus. Mitte Januar 1930 teilte mir Herr Melzer einen Todesfall in seiner Familie mit. Am 25. März 1931 zeigte mir Herr Melzer die Geburt eines Zwillingspaares an. Diese Familienanzeigen erwähne ich deshalb, weil außer jener Tischunterhaltung und einer Reihe von dienstlichen Besprechungen keinerlei Verkehr zwischen Herrn Melzer und mir stattgefunden hat. Am 10. April 1931 versichert mir Herr Melzer anläßlich einer sachlichen Korrespondenz, er lege „Wert auf ein offenes und ehrliches Verhältnis" zu mir.

Die Schlüsse daraus, ob das hier geschilderte Verhalten des Herrn Melzer seine Behauptung, er sei von mir bei dem ersten Bekanntwerden durch einen Bestechungsversuch beleidigt worden, glaubhaft macht, glaube ich dem Ausschuß und der Oeffentlichkeit überlassen zu dürfen. Die gesamte Korrespondenz mit Herrn Melzer steht Ihnen sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Diesen Brief erlaube ich mir gleichzeitig der Presse zu übergeben.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Klepper."

Neuer Vorstoß Polens gegen Danzig.

Zugleich gegen Deutschland gerichtet.

— Danzig, 23. Oktober.

Der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig hat beim Hohen Kommissar des Völkerbundes die Aenderung des Teiles des Warschauer Abkommens beantragt, der bestimmt, daß Ausländer durch ihre Anstellung als Beamte in unmittelbarem oder mittelbarem Staatsdienst der Freien Stadt Danzig die Danziger Staatsangehörigkeit erwerben. In der Begründung zu dem Antrag wird ausgeführt, daß der Senat durch diese Bestimmung die Möglichkeit habe, Danziger Beamtenposten systematisch mit reichsdeutschen Angehörigen zu besetzen und sie dadurch zu Danziger Staatsbürger zu machen. Dieses Verfahren habe nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung insofern, als seine Anwendung die Erwerbslosigkeit in Danzig steigere. Die Völkerbundsorgane hätten wiederholt auf die Notwendigkeit der Aenderung des bestehenden Zustandes hingewiesen.

Das Uebergangskabinett de Broqueville.

Brüssel, 22. Oktober.

Senator de Broqueville hat dem König die Liste des neuen Kabinetts überreicht. Sie lautet folgendermaßen: Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister: de Broqueville (Katholik); Justiz: Janson (liberal); Kultus: Lippens (Flämisch-liberal); Post und Telegraphen: Bowesse (liberal); Transport: Fertbomme (liberal); Aeußeres: Hymans (liberal); Finanzen: Jaspar (Katholik); Verteidigung: Theunis (Katholik); Inneres: Poullet (Christlicher Demokrat und Flame); Kolonien: Tschoffen (Christlicher Demokrat; Oeffentliche Arbeiten: Sap (Flame); Industrie und Arbeit: Heyman (Christlicher Demokrat und Flame).

Der bekannte Finanzmann Francqui ist zum Mitglied des Ausschusses des Schatzamtes ernannt worden.

Aufgabe des neuen Kabinetts wird es sein, einen Finanzplan auszuarbeiten, das Parlament, welches nicht mehr einberufen werden soll, aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen, die noch im Laufe des November stattfinden dürften. Am Montag nachmittag nach der Vereidigung der Minister wird der erste Ministerrat stattfinden, der das Auflösungsdekret für die Kammer ausarbeiten wird. Das Dekret wird unmittelbar darauf dem König zur Unterschrift zugehen.

An dem Kabinett de Broqueville haben sich die katholischen Flamen, deren Namen die obige Ministerliste aufweist, erst nach längerem Zögern beteiligt. Sicherem Vernehmen nach verschaffte sich Minister Sap in seinen Vorbesprechungen mit dem neuen Ministerpräsidenten de Broqueville Beruhigung darüber, daß die neue Regierung keineswegs außenpolitisch eine stärkere Anlehnung an Frankreich im Sinne des belgisch-französischen Militärvertrages plane. Insbesondere kam es den flämischen Kreisen darauf an, zu verhüten, daß der Ernennung des künftigen Generalstabschefs, die Ende des Jahres erfolgen soll, vorgegriffen wird. Der jetzige Generalstabschef General Galet erreicht die Altersgrenze.

Möglichste Einschränkung des Frauenstudiums gefordert.

◎ Jena, 22. Oktober.

Mit den schwerwiegenden Problemen der akademischen Berufsnot erörterte die Jenaer Wirtschaftstagung des Deutschen Studentenwerks heute lebenswichtige Fragen der jungen akademischen Generation. Professor Tillman-Bonn referierte über den Stand der Hochschulüberfüllung, über Auslesemöglichkeiten und die notwendigen Maßnahmen zur Ausweitung des akademischen Lebensraumes. Als eine dieser Maßnahmen forderte er die allgemeine Herabsetzung des Pensionsalters auf etwa 60 Jahre, die Beseitigung des Doppel- und Nebenverdienertums, möglichste Einschränkung des so ungewöhnlich angestiegenen Frauenstudiums und die frühzeitige Einführung der Jugend in die für den fertigen Akademiker wegen der notwendigen Umschulung sehr erschwerte Siedlung. Mechanische Abschnürung der Hochschule, wie den Numerus Clausus, lehnte der Redner ab. Auch das teilweise eingeführte Zwischenexamen biete keine ergiebige Auslese. Anschließend sprach Hauptgeschäftsführer Dr. Schairer über das Werkjahr, für dessen Durchführung sich die Tagung grundsätzlich aussprach. Der Redner betonte, es sei falsch, die Lösung der Ueberfüllungsfrage etwa allein von der Einführung des Werkjahres zu erhoffen, die vielmehr der Anfang eines großen Planes sein solle. Die Beratungen galten schließlich Fragen der Begabtenförderungen, die grundsätzlich eher wenigen ausreichend, als vielen in unzulänglicher Knappheit zukommen solle.

Missionsbotschaft des Papstes.

Verlesung von der Radiostation des Vatikans.

+ Rom, 23. Oktober.

Anläßlich des heutigen Weltmissionstages der katholischen Kirche ist gestern von der Radiostation der Vatikanstadt in verschiedenen Sprachen, darunter auch der deutschen, eine Missionsbotschaft verlesen worden. Die Botschaft verherrlicht die Leistungen des Missionars, dessen Aufgabe den größten Opfermut unter Hintansetzung des eigenen Lebens erfordere. 20 000 Missionare und 5000 einheimische Prediger seien heute im Missionswerk tätig, dazu 30 000 Schwestern und über 100 000 Katechisten. In 377 Seminaren würden zur Zeit 16 000 Eingeborenen-Priester ausgebildet. Die Botschaft ruft die gesamte zivilisierte Welt zur Unterstützung des Missionswerks auf.

Deutsches Theater jetzt auch in Metz.

— Metz, 23. Oktober.

Die letzte größere Stadt in Elsaß-Lothringen, die sich seit dem Kriege zäh gegen deutsches Theater sperrte, hat jetzt ihren Widerstand gegen die Forderungen ihrer deutsch-sprachigen Bürger aufgeben müssen. Ende November wird im Metzer Stadttheater Schillers „Don Carlos" aufgeführt werden. Es handelt sich um ein Gastspiel des Stadttheaters Freiburg im Breisgau, das bekanntlich seit Jahren auf anderen deutschen und Schweizer Bühnen in elsässischen Städten regelmäßig Gastspiele gibt. Bei den jüngsten Ersatzwahlen zum französischen Senat hatten alle Kandidaten, unter ihnen auch der Metzer Bürgermeister Vautrin, mit Rücksicht auf die Wähler in Ost-Lothringen Zusagen hinsichtlich der Gleichberechtigung der deutschen Sprache machen müssen. So konnte man sich auch nicht länger darauf versteifen, in der zur Hälfte deutschsprachigen Hauptstadt des lothringischen Departements nur französisches Theater zuzulassen. Er verlautet, daß das Freiburger Stadttheater in diesem Winter zunächst noch drei weitere Gastspiele in Metz geben wird.

Die neueste Devisenaffäre.

◆ Berlin, 22. Oktober.

Die Zollfahndungsstelle ist einer neuen, allem Anschein nach ziemlich umfangreichen Devisenaffäre auf die Spur gekommen. Unter dem Verdacht, Effekten aus ausländischem Besitz in einem Gesamtwerte von mehreren 100 000 Mark verschoben zu haben, wurde am Freitag der Bankkommissionär Hans K. festgenommen und dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen ihn erlassen hat. Mit weiteren Verhaftungen in dieser Sache muß gerechnet werden. Es soll sich in der Hauptsache um Effekten handeln, die aus der Schweiz nach Deutschland gebracht und dann hier in der bekannten Weise verschoben wurde, worauf der Erlös wieder über die Grenze wanderte.

Ehemann und Hehler unter falscher Flagge.

× Berlin, 22. Oktober.

Ein lange gesuchter Betrüger, der sich vier Jahre hindurch eines falschen Namens bediente, ist gestern verhaftet worden. Es handelt sich um einen gewissen Beyersdorf, der die Papiere eines im Weltkriege als vermißt gemeldeten Soldaten namens Wiemert an sich gebracht hatte. Unter dem Namen Wiemert lebte Beyersdorf in der Wilhelmstraße in Berlin als Kaufmann. Im Jahre 1930 hatte er sich unter diesem Namen in Stuttgart verheiratet und später ein Kind aus dieser Ehe auf dem Standesamt angemeldet. Beyersdorf-Wiemert, der in Naugard in Pommern geboren wurde, ist mehrmals vorbestraft und hat noch eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren zu verbüßen. Er hat einer, der Polizei unter der Bezeichnung „Bande des Schwarzen Peter" bekannten Einbrechergesellschaft, deren Mitglieder ebenfalls verhaftet wurden, Hehlerdienste geleistet.

Raubmord im Berliner Westen.

74jährige Greisin ermordet.

◆ Berlin, 22. Oktober.

In den frühen Nachmittagsstunden wurde in der Lutherstraße im Westen Berlins ein grausiges Kapitalverbrechen entdeckt, dem die 74 Jahre alte Frau Auguste des Obsthändlers Koenicke zum Opfer gefallen ist. Als der Obsthändler mit seinem Sohne nachmittags gegen 2,30 Uhr vom Markt zurückkehrte, fanden sie die Greisin tot auf dem Bett ihres Sohnes in einem kleinen Zimmer liegend; ihre Arme waren kreuzweise an die Bettpfosten mit einem zerrissenen Laken gebunden, im Munde steckte ein Knebel. Ueber der Toten lagen zahlreiche Decken und Kissen. Sämtliche Behälter der Wohnung waren durchwühlt. Der Mörder erbeutete 4500 Mark Bargeld und für 12 000 Mk. Kriegsanleihepapiere und Goldpfandbriefe.

Folgenschwerer Autounfall einer Fußballmannschaft.

— Bad Königsstein (Taunus), 23. Okt.

Ein mit ca. 20 Fußballspielern besetzter Lastkraftwagen aus Okriftel rannte in Mammolshain mit voller Geschwindigkeit in den Vorgarten eines Hauses. Der Chauffeur Jakob Laun war auf der Stelle tot; weiterhin wurden sechs Schwerverletzte und mehrere Leichtverletzte in das Krankenhaus in Königstein eingeliefert. Wie von dort aus mitgeteilt wird, schweben drei der Schwerverletzten in Lebensgefahr.

Bombenanschlag auf einen deutschen Vizekonsul in Spanien.

+ Wetzlar, 22. Oktober.

Auf die Wohnung des in Spanien lebenden, aus Wetzlar stammenden Direktors der Erzgruben der Ver. Stahlwerke in Mforte de Lemos in Spanien, Fritz Cloos, der zugleich das Amt des Vizekonsuls bekleidet, wurde in der Nacht zum 16. Oktober ein Bombenanschlag verübt. Eine Bombe durchschlug das Dach der Garage und zerstörte den Kraftwagen. Eine zweite Bombe explodierte über dem Fenster einer Schlafstube. Eine weitere Bombe fand man neben dem Hause. Sie wog zwei Kilo und hätte, wenn sie zur Explosion gekommen wäre, zweifellos einen Teil des Hauses in die Luft gerissen. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Botschaft und Auswärtiges Amt in Berlin sind von dem Anschlag verständigt und gebeten worden, Schritte bei der spanischen Regierung zu unternehmen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Gelungener Start der Tilling-Flugrakete.

:: Berlin, 23. Oktober.

Am Sonntagvormittag führte der Flugraketenerbauer Reinhold Tilling-Osnabrück zum ersten Mal auf dem Flugplatz Tempelhof einen Flugraketenstart vor. Der Abschuß gelang tadellos. Die Rakete trieb den etwa 4 m langen Flugkörper 800 m empor. Dann entfalteten sich langsam zwei Tragflächen, die einen spiralartigen Gleitflug zur Erde ermöglichten. Am 30. Oktober sollen weitere Vorführungen mit der Tilling-Rakete auf dem Flugplatz Tempelhof stattfinden, die jedoch noch der behördlichen Genehmigung bedürfen.

Furchtbare Folgen eines Dummenjungenstreiches.

— Berlin, 23. Oktober.

Am vergangenen Mittwoch wurde ein 13 Jahre alter Schüler mit einer schweren Schußverletzung in der Königsheide aufgefunden. Der Junge war einige Tage zuvor mit einem Freunde bei einem kleinen Diebstahlversuch ertappt worden. Aus Scham über sein Vergehen und aus Furcht vor den vermeintlichen Folgen hatte er bereits am nächsten Tage einen Selbstmordversuch unternommen. Heute wurde in der Königsheide ein erschossener junger Mann aufgefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß es sich um den Freund des Vierzehnjährigen, Friedrich Stubbe, handelt, der den Schüler damals zum Diebstahl verleitet hatte. Bei den näheren Untersuchungen wurde einwandfrei Selbstmord festgestellt. Der junge Mann hatte sich anscheinend das Schicksal seines jungen Freundes so zu Herzen genommen, daß er Selbstmord beging.

Schweres Unglück in einem ungarischen Steinbruch.

+ Budapest, 21 Oktober.

Bei der Stadt Gyöngyös ereignete sich heute in einem Steinbruch ein schweres Unglück. Vier Arbeiter wurden durch sich plötzlich lösende Gesteinsmassen verschüttet. Einer von ihnen konnte mit schweren Verletzungen geborgen werden, doch dürfte er kaum mit dem Leben davonkommen. Die drei anderen liegen noch unter dem Geröll. Die Rettungsarbeiten konnten noch nicht in Angriff genommen werden, da man weitere Einstürze befürchtet. Man hat keine Hoffnung, die drei Verschütteten noch lebend zu bergen. Die Ursachen des Unglücks konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Zuchthausrevolte in Kanada.

+ London, 22. Oktober.

„Times" meldet, daß im Zuchthaus von Portsmouth eine Revolte ausgebrochen ist. 110 Zuchthäusler überwältigten 40 Aufseher und befreiten die Insassen zweier Zellenreihen des Hauptgebäudes. 150 Mann kanadische Artillerie mit Maschinengewehren wurden von Kingston aus entsandt. Sie halten das Zuchthaus umzingelt. Innerhalb der Mauern herrscht ein völliges Durcheinander. Die Aufständischen haben die Einrichtung zerstört. Die noch eingeschlossenen 700 Gefangenen feuern die Meuterer an. Da die Aufständischen seit 24 Stunden ohne Nahrung sind, nimmt man an, daß sie sich bald ergeben werden.

*

Der Lohnstreit in der englischen Baumwollindustrie beigelegt.

× Manchester, 23. Okt. Der Lohnstreit in der Baumwollindustrie ist beigelegt. Die Löhne werden mit Wirkung vom 31. ds. Mts. ab um 18½ Cents je Pfund gekürzt. Die Arbeit in den Spinnereien wird morgen wieder aufgenommen.

Großer Rauschgiftdiebstahl.

(-) Schönebeck, 22. Okt. Ein Einbruchsdiebstahl wurde heute nacht in der hiesigen Niederlage der Pharmazeutischen Werke Merck-Darmstadt verübt. Gestohlen wurden 330 Kartons Rauschgift (Morphium).